

kommen muss. Um allen Bedürftigen den Zugang zu Verhütungsmitteln zu ermöglichen, sollen zunächst 10 Millionen Euro in den Landeshaushalt eingestellt werden.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich komme zum Schluss.

Damit habe ich Ihnen jetzt einige zentrale Haushaltsvorschläge unterbreiten können.

Wir Linke beweisen Jahr für Jahr mit unseren Anträgen, dass wir die soziale Alternative in Niedersachsen sind. Soziale Gerechtigkeit ist nur mit uns möglich. Stimmen Sie unseren Haushaltsvorschlägen zu! Sie sind logisch, durchgerechnet und eine echte Alternative für die Menschen, die deutlich weniger Geld bekommen als wir Landtagsabgeordnete. Schauen Sie einmal in unsere Broschüre!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die CDU-Fraktion hat nun Frau Kollegin Mundlos das Wort.

Heidemarie Mundlos (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in diesem Jahr haben die Haushaltsreden seitens der Opposition gezeigt: Die Opposition ist berechenbar, und ihre Ausführungen sind durchschaubar. Sie haben offensichtlich eine Störung im Informationsverarbeitungsmodus. Sonst wären sicherlich manche Ausführungen heute hier anders gelaufen.

Da fordert der SPD-Fraktionsvorsitzende einfach nur mehr Geld für Sozialpolitik, ohne dies konkret zu hinterlegen. Dabei wird ganz vergessen, dass Schulden von heute die sozialen Belastungen von morgen sind und damit den Handlungsspielraum noch weiter einengen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Stichwort „Inklusion“ ist gefallen. Ich kann nur sagen: Wir sind weiter, als es die Opposition jemals war. In der Integrationspolitik sind wir erfolgreich und glaubwürdig.

Ich möchte an dieser Stelle, damit ich es nicht vergesse, dem Ministerium und vor allem den Mitarbeitern ganz herzlich für die Haushaltsberatungen danken. Das waren konstruktive Beratungen.

Lassen Sie mich inhaltlich u. a. zum Pflegepakt noch ein paar Sätzen anfügen. Meine Damen und

Herrn, die Verbände haben sich darauf eingelassen, mit der Ministerin über einen längeren Zeitraum Gespräche zu führen, die dann in einen Konsens gemündet sind, wie er bisher noch nicht da war.

(Beifall bei der CDU)

Dabei hat man sich auf viele Dinge verständigt. Kaum einer - insbesondere vonseiten der Opposition - hat das zu Beginn so wahrnehmen wollen. Ich nenne das fortschrittlich und gut. Jetzt geht es darum, das Ganze mit Leben zu füllen. Dass diese Landesregierung ihren Part leisten wird, zeigt die Vorlage des Stiftungsgesetzes Altenpflege, zeigen die ersten Maßnahmen, um für die Altenpflegeschüler im weitesten Sinne das Schulgeld zu übernehmen und die Schüler damit zu entlasten.

Die Opposition muss sich allerdings auch die Bemerkung gefallen lassen: Wer wie sie dem Landesrechnungshof dermaßen unkritisch folgt, ist dann auch dafür verantwortlich, wenn sich die ärztliche Krankenhausversorgung in der Fläche verschlechtert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Norbert Böhlke [CDU]: So ist das!)

Ich sage nur: Wer solche Forderungen wie die Opposition stellt, der sollte den Menschen draußen auch ganz klar und deutlich sagen, wo er welches Krankenhaus schließen und billigend in Kauf nehmen will, dass die Menschen längere Wege haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von der SPD und von den
GRÜNEN)

Ich möchte ein paar Beispiele für Dinge nennen, die erfolgreich auf den Weg gebracht worden sind:

Ich nenne die Mehrgenerationenhäuser. 2003 sind wir mit ihnen erfolgreich gestartet. Jetzt haben wir den Fortbestand gesichert. 5 000 Euro gibt es vom Land, und so, wie es aussieht, gibt es auch einen guten Zuschuss vom Bund, der das Ganze solide macht.

Ich nenne die Seniorenservicebüros. Im Jahr 2008 wurde unter dieser Landesregierung mit ihnen begonnen. Heute gibt es 45 Seniorenservicebüros. Auch das ist eine Erfolgsstory.

(Zuruf von Uwe Schwarz [SPD])

Ich nenne ferner das Freiwillige Jahr für Seniorinnen und Senioren. Hierzu gab es Ende 2005 Modellprojekte, die verstetigt worden sind. Ich nenne das Freiwillige Soziale Jahr für Politik. Ich sage

einmal: Es wird immer Kritik geübt und gesagt, wir täten nicht genug für politische Bildung. - Das ist politische Bildung par excellence!

(Uwe Schwarz [SPD]: Das haben wir einstimmig beschlossen, Frau Kollegin!)

- Es mag sein, dass Sie auch zugestimmt haben, Herr Schwarz. Aber es läuft jetzt erfolgreich weiter und ist aufgestockt worden.

(Zustimmung bei der CDU - Uwe Schwarz [SPD]: Das wollen wir auch!)

Ich nenne die Palliativversorgung und die Hospizarbeit, die auch unter CDU/FDP-Landesregierungen auf den Weg gebracht worden sind. Ich nenne die Palliativstützpunkte, ich nenne das Projekt „Gewalt gegen Frauen“, ich nenne die BISS-Stellen und die Frauenhäuser, die heute mit einem Finanzvolumen ausgestattet sind, wie es das zu keiner Zeit zuvor auch nur ansatzweise gegeben hat.

Ich nenne die Familienhebammen, die Erziehungslotsen, die Kinderschutzkoordinierungszentren, deren Förderung jetzt auch verstetigt wird. Ich nenne die Kinderschutzambulanzen und vieles andere mehr.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Liste ließe sich noch lange fortsetzen. Das nenne ich soziale Politik. Das ist Politik für Senioren, für Jugend, für Frauen, für Familien. Das ist Integrationspolitik, Gesundheitspolitik und auch Politik für Menschen mit Behinderung.

(Uwe Schwarz [SPD]: Das meiste davon zahlen die Kommunen!)

Wir werden auf diesem Weg weiter voranschreiten.

(Uwe Schwarz [SPD]: Nicht mehr lange!)

Maßnahmen, die sich verstetigt haben, werden wir ausbauen.

Abschließend sage ich Ihnen noch eines: Es lohnt sich allein deshalb schon, diesen Weg fortzusetzen, weil das ein Mehrwert für die Bevölkerung ist. Das ist jedenfalls mehr wert als nur der Ruf nach mehr Geld.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat für die Landesregierung Frau Ministerin Özkan das Wort. Bitte!

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich bei den Regierungsfractionen für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für den Einzelplan 05 bedanken, die für die nächsten zwei Jahre eine bürger- und zukunftsorientierte Sozialpolitik gewährleisten wird. Lassen Sie mich, bevor ich auf die Einzelheiten dieses Einzelplans eingehe - - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Bevor Sie auf die Einzelheiten eingehen, unterbreche ich Sie, Frau Ministerin, weil ich diese Unruhe unhöflich finde. Ich weiß, dass das heute ein sehr langer Abend ist. Aber ich möchte denjenigen, die jetzt zuletzt reden, die Möglichkeit geben, ihre Äußerungen darzulegen, sodass Sie sie alle verstehen können. Ich zumindest muss sie hören und auch verstehen können. - Frau Ministerin hat das Wort.

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Lassen Sie mich ganz kurz auf das eingehen, was die drei Oppositionsfractionen eben vorgestellt haben.

Lieber Herr Schwarz, traurig ist, dass die SPD wieder rückwärts gewandt, kritisierend - wie immer -,

(Uwe Schwarz [SPD]: Da war nichts Falsches!)

in die Vergangenheit schauend, weder nach vorn schauend noch mit eigenen Impulsen Vorschläge vorgebracht hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Wo ist denn Ihr Haushaltsplanentwurf? Wo sind denn die Anträge?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Grünen haben sich die Mühe gemacht - ich habe mir das angesehen -, eine Ansatzhöhung von 13 Millionen Euro vorzuschlagen. Ich frage